

Seit fünf Jahren ist Adolf Bauer Präsident des SoVD – ein Porträt „Ich will noch viel bewegen“

Seit 1982 engagiert sich Adolf Bauer im SoVD. Sein sozialpolitisches Engagement begann er als junger Lehrer in der Gewerkschaft und in der SPD. Im Oktober 2003 wurde Adolf Bauer auf der Bundesverbandstagung in Berlin zum Präsidenten des SoVD gewählt.

Oldenburg im Jahr 1965: Ein junger Lehrer, der gerade sein Studium beendet hat, engagiert sich im Verband der oldenburgischen Lehrerinnen und Lehrer. Der Verband ist eine Keimzelle der späteren Lehrer-gewerkschaft GEW. Der junge Lehrer heißt Adolf Bauer. „Wir galten als die jungen Wilden“, schmunzelt der SoVD-Präsident.

Damals war die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft für Beamte noch ein Tabu. Die Lehrer kämpfen für Verbesserungen in den Schulen und für mehr Mitbestimmung. Dafür streiken sie Ende der 70er Jahre. Auch Adolf Bauer beteiligt sich aktiv, obwohl er als Beamter gar nicht streiken darf. „Wir haben uns das Recht zu streiken einfach genommen.“ Für die Teilnahme am Streik wurde der junge Lehrer gemäßregelt, ein Bußgeld gab es obendrein – aber davon ließ sich Bauer nicht beirren. „Wir haben damals viel erreicht, zum Beispiel kleinere Klassen.“

1969 tritt Bauer in die SPD ein. Es ist die Zeit von Willy Brandt. Es ist eine Zeit der Veränderungen, und Bauer will etwas verändern. Er engagiert sich in der Lokalpolitik und wird SPD-Ortsvorsitzender in Westerstede, einer niedersächsischen Kreisstadt mit 23.000 Einwohnern. Hier lebt er mit seiner Familie und unterrichtet an der Realschule. Eines der politischen Schlüsselerlebnisse ist der Protest gegen die Stationierung der atomaren Mittelstreckenraketen im Zuge des NATO-Doppelbeschlusses.

Einer der Mitstreiter aus dieser Zeit ist Rolf Hornig, der Mann, der Bauer zum SoVD bringen sollte. Hornig ist

im SPD-Ortsverein und im SoVD-Ortsverband von Westerstede aktiv. Er ist als Kriegsbeschädigter aus dem Zweiten Weltkrieg zurückgekehrt und durch die Kriegserlebnisse zum Pazifisten geworden. Der Autor mehrerer Bücher wird später auch dem niedersächsischen Landtag angehören. Hornig nimmt Adolf Bauer 1982 mit zu einer SoVD-Vorstandssitzung. Die Verbandsziele soziale Gerechtigkeit und Solidarität sprechen

„Wir haben uns das Recht zu streiken einfach genommen.“

Bauer an. „Wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, dass es andere gibt, denen es nicht so gut geht“, sagt Adolf Bauer über seine damalige Motivation, in den SoVD einzutreten. Und auch die Ursprünge des SoVD als Verband der Kriegsoffer und Kriegshinterbliebenen finden einen Widerhall in der eigenen Familiengeschichte. Bauer ist Kriegswaise. Er ist gerade zwei Jahre alt, als der Vater 1942 beim Vormarsch in Russland fällt.

Schon kurz nach seinem Eintritt in den Verband wird Adolf Bauer Beisitzer im Ortsverband, 1988 wird er zum Vorsitzenden des SoVD-Ortsverbandes gewählt. Als Ortsvorsitzender nimmt er sich gerade in den Anfangsjahren viel Zeit, um Mitglieder bei besonderen Anlässen oder Kranke zuhause oder im Pflegeheim zu besuchen – so wie es im SoVD seit Jahrzehnten Tradition ist. Gemeinschaft und die gegenseitige Hilfe prägen die Arbeit in den Ortsverbänden. Es sind nicht immer leichte Besuche, aber Bauer macht die Erfahrung, wie wichtig dieses soziale Engagement ist. „Oft ist das Wichtigste, ein-

fach zuzuhören und da zu sein.“ Heute noch begleitet er manchmal Mitglieder bei der Beerdigung von Angehörigen. Wie viele im SoVD hilft er im Stillen. „Darüber redet man nicht groß.“

Krankheit und Tod sind einschneidende Lebenserfahrungen, das hat Adolf Bauer selbst erlebt. Seine Frau stirbt früh an Krebs. Der Witwer bleibt mit dem 16-jährigen Sohn und der 20-jährigen Tochter zurück.

Jahre später erkrankt er selbst schwer. Das Datum hat er noch genau im Kopf. Es ist der 29. November 2000. Er hat sich eine Herzmuskelentzündung zugezogen und wird mit dem Notarztwagen ins Krankenhaus gefahren. Zwei Monate später folgt ein stiller Herzinfarkt. Die Ärzte rechnen mit einer Genesungszeit von einem Jahr. Das ist der Schulbehörde zu lange, und die damit verbundene Planungsunsicherheit zu groß. Im Juni 2001 muss Adolf Bauer mit 61 Jahren aus dem Schuldienst ausscheiden, auch wenn ihm der Abschied vom Lehrerberuf schwer fällt.

Nach einer langen Genesungszeit übernimmt Bauer zwei Jahre später, im Frühjahr 2003, den Vorsitz des Landesverbandes Niedersachsen und wird im Oktober 2003 zum SoVD-Präsidenten gewählt. Er macht den Kampf gegen Sozialabbau und Rentenkürzungen zu seiner Aufgabe. Dabei ist ihm ein konstruktiver Ansatz

Wie viele im SoVD hilft Adolf Bauer im Stillen



Foto: Foltynowicz

Adolf Bauer: Persönliche Erfahrungen brachten ihn zum SoVD, seit fünf Jahren engagiert er sich an der Spitze des Verbandes und kämpft für soziale Gerechtigkeit.

wichtig: „Wir sind nicht nur gegen etwas, sondern wir haben auch eigene, tragfähige Konzepte für die Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme.“ Auch die Bündnisse des SoVD mit den Gewerkschaften hat Bauer ausgebaut.

Die wenige Freizeit, die noch bleibt, verbringt Bauer gerne mit seiner Familie. „Er ist ein Familienmensch“, sagt seine Lebensgefährtin Ursula Hülsen. Er liest gerne und viel, spielt Skat und hat Spaß an Gartenarbeit. Für sein Hobby Motorradfahren hat er so gut wie keine Zeit mehr, auch wenn seine 1100er BMW-Tourenmaschine startklar in der Garage steht.

Bauer ist viel unterwegs, in Berlin, in Niedersachsen und quer durch die ganze Republik. Auch kleine Kreis- oder Ortsverbände besucht er, wenn der Terminkalender es zulässt. Als

Lokalpolitiker ist er nach wie vor für die SPD im Rat von Westerstede aktiv. Hier sieht er genau, wie die Gesetze aus Berlin in der Realität wirken. Als Vorsitzender des SoVD Westerstede erlebt er, welche Folgen die Gesetze für die Menschen haben – eine gute Basis, um in politischen Gesprächen in Berlin auf Veränderungen zu drängen. Derzeit führt Bauer politische Gespräche über die Folgen des Gesundheitsfonds für die gesetzlich Krankenversicherten. Auch die Umsetzung der Pflegereform und der Kampf gegen die Rente mit 67 hat er fest im Blick. Außerdem wird sich der SoVD künftig verstärkt in die Behindertenpolitik einbringen und auch in der europäischen Sozialpolitik mitmischen. Für Bauer steht fest: „Ich will noch viel bewegen.“

Als SoVD-Präsident macht er den Kampf gegen Sozialabbau zu seiner Aufgabe

Die beste Vorsorge für Frauen ist ein gut bezahlter Beruf

Von Hannelore Buls, Mitglied im Ausschuss für Frauenpolitik des SoVD-Bundesverbandes

Die Konferenz befasste sich mit der Altersarmut bei Frauen auf der Grundlage der Studie der Deutschen Rentenversicherung „Altersvorsorge in Deutschland AVID 2005“, die Ende 2007 unter viel öffentlicher Beachtung herausgegeben wurde. Die Daten sind erschreckend. Frauen haben im Durchschnitt nur 61 Prozent der Renten der Männer. Über 50 Prozent der Rentnerinnen würden schon heute von der Grundsicherung leben, wenn ihre Altersarmut nicht durch die Einstandspflicht in der Partnerschaft, das sogenannte Haushaltseinkommen, verdeckt würde. In den neuen Bundesländern wird der Weg in die Grundsicherung mittelfristig von 36 Prozent der Frauen besritten. Diese „Anpassung“ lehnen die SoVD-Frauen ausdrücklich ab. Der Generationenvertrag in der Rente muss auch Frauen eine eigenständige und ausreichende Alterssicherung gewährleisten.

Armutrisiko Familienstand?

In der politischen Debatte gilt es als Risikofaktor, Kinder zu haben und alleinerziehend zu sein. Ein geringeres Armutrisiko hätten dagegen Paarhaushalte. Als Armutrisiko gilt folglich die fehlende Paarbeziehung! Diese „Lösung“ ist jedoch

Altersarmut hat viele Facetten und Ursachen. Sie ist, ebenso wie Armut von Kindern, mit Frauenarmut verknüpft und davon abhängig. Nur mit baldigen und wesentlichen Änderungen ist die Verschlimmerung der Altersarmut, die sich bereits jetzt abzeichnet, aufzuhalten. Diesen Schluss zogen die Teilnehmer der 4. Frauen-Alterssicherungskonferenz der ver.di-Frauen Ende August in Berlin.

ein Rückschritt, verweist sie Frauen doch erneut in die Versorgerehe und lenkt davon ab, dass sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und ein guter Verdienst vor Armut, insbesondere vor Altersarmut, schützen.

Ende des Ernährermodells anerkennen

Die abgeleitete Absicherung aus der Ehe trägt heute nicht mehr. Jede dritte Ehe wird heute geschieden, und Männer müssen mit ähnlichen Arbeitsmarktrisiken leben wie seit längerem bereits die Frauen. Wirkliche Gleichstellung bedeutet deshalb, dass auch Frauen, die in Partnerschaft leben, ihr Recht auf Eigenständigkeit einlösen können. Eigenständigkeit ist nicht nur ein Ziel für Alleinlebende und Alleinerziehende. Auch Frauen in Partnerschaft haben ein Recht auf leistungsgerechten Lohn und diskriminierungsfreie Bezahlung, mindestens aber einen für alle geltenden gesetzlichen Mindestlohn. Nicht der Familienstand und das Vorhandensein von Kindern sind Armutrisiken, sondern der Niedriglohn, der

fehlende Zugang zur sozialen Sicherung über den Arbeitsmarkt und die prekären Anstellungsbedingungen in den Betrieben. Die Lösung: Die Beschäftigungspolitik der Unter-

Frauen im SoVD Das Thema

nehmen muss von „Zuverdienst“ auf Eigenständigkeit ausgerichtet werden.

Den gesetzlichen Rahmen individualisieren

Die Ausrichtung der Sozial- und Steuerpolitik am Personenstand schreibt das Ernährermodell immer noch weiter fort. So ist geringfügige Beschäftigung nur möglich, weil die Frauen in der Familienmitversicherung sind. Derzeit gibt es etwa sieben Millionen Minijobs, bei denen die Beschäftigten keine eigene

Krankenversicherung haben. Mit individuellen Rechten und Pflichten in der sozialen Sicherung hingegen würden Minijobs vermutlich nicht mehr in gleicher Weise reproduziert wie heute. Hartz-IV-Regelungen verschärfen das Risiko der Altersarmut zusätzlich, weil sie Arbeitslosen zumuten, jede Beschäftigung zu jedem Lohn anzunehmen. Deshalb ist der Zukunftsweg eine Umsteuerung weg von der Bedarfsgemeinschaft in der Sozial- und Arbeitsmarktgesetzgebung, ebenso wie die Neuregelung der Einkommensteuerverteilung, dem sogenannten Ehegattensplitting, und den entsprechenden Steuerklassen, die den Frauen immer wieder suggerieren, dass ihre Erwerbstätigkeit sich weniger lohnen würde.

Einsparung auf Kosten der Frauen beenden

Die Konferenz stellte fest, dass die Arbeitgeber heute immer noch damit rechnen, dass sie an Frauen keinen existenzsichernden Lohn, sondern nur einen Zuverdienstlohn zahlen können. Die Kosten dafür

tragen andere: Die Frauen mit ihrer Altersarmut, die Versichertengemeinschaft in den Sozialversicherungen und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Demgegenüber sehen sich die Frauen, vor allem junge Frauen, selbst als gleichberechtigt. Sie wollen Beruf und Familie, und zwar für sich und ihre Partner. Dem müssen Politiker und Arbeitgeber entsprechen! Die Beschäftigungspolitik von Arbeitgebern orientiert sich bei Frauen aber immer noch am Personenstand (versorgt/unversorgt) und lässt dies in die Lohnfindung einfließen.

Unter der Bedingung der Einkommens- und erwerbsabhängigen Alterssicherung, wie wir sie in Deutschland haben, gibt es nur einen nachhaltigen Weg, um Altersarmut zu vermeiden: Frauen müssen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt haben, einen hohen Anteil am Arbeitsvolumen (Vollzeit, hohe Teilzeit, keine geringfügige Beschäftigung) und der Verdienstunterschied von derzeit 24 Prozent muss beseitigt werden.

